

Ich fand und finde diesen Begriff gar nicht so verkehrt. Unsauber ist allerdings, wenn selbst im Bundestag das "Öffnungs" vor "Diskussionsorgien" gezielt geschlabbert wird.

Covid-19 oder SARS Cov-2 hat bei uns und in der Welt einiges durcheinander gewirbelt. Tägliche Status- und Wortmeldungen zum Infektionsgeschehen bestimmen den Ton: Sie sind unverzichtbar zur adäquaten Einordnung von Risiken, Chancen und Maßnahmen.

Funktionen der staatlichen Organisation entscheiden mit Hilfe wissenschaftlicher Kompetenz unterschiedlicher Fachrichtungen für das Gemeinwesen Regeln wie Kontaktverbote, Lockdowns, Maskenpflicht und vieles mehr.

Es gibt meines Erachtens bisher keinen Grund, bei den verantwortlichen Instanzen einen Schadwillen in diesen Prozessen anzunehmen. Meinungs-Unterschiede, Anpassungen an neue Erkenntnisse und sogar Irrtümer sind angesichts neuer und unbekannter Herausforderungen nicht schön, aber nicht zu beanstanden. Im Gegenteil: Sie erfordern angesichts medialer Bombardements Mut und kennzeichnen Lernfähigkeit.

Für diese Entscheidungen sind nicht nur rein gesundheitsbezogene Fragen zu betrachten, wichtig sind auch gesellschaftliche, wirtschaftliche und psychologische Effekte. Man kann insbesondere bei einer konservativ übergewichteten Regierung davon ausgehen, dass auch wirtschaftliche Fragen und Folgen immer in die Überlegungen einbezogen sind.

Das heißt natürlich nicht, dass alles perfekt wäre. Aber vielleicht jeweils bestmöglich?

Selbstverständlich ist ein Diskurs über den richtigen Weg und die faire Abwägung von Lasten und Nutzen für das Ganze und die verschiedenen Gruppen in der Bevölkerung richtig, wichtig und ein demokratischer Grundwert. Die Positionen von Staatsrechtlern, Philosophen, Verbänden, Parteivertretern und vielen anderen gehören dazu. Die Frage ist nur: Wie?

*"Raus aus dem Lockdown - so rasch wie möglich"*, oder wir *"müssen Gesundheit, Wirtschaft und Rechtsstaat gleichermaßen schützen"* sind kluge prominente Wortmeldungen, denen wird inhaltlich niemand widersprechen wollen.

Es ist aber auch wohlfeil. "So rasch wie möglich" heißen die gekreuzten Finger hinter dem Rücken: Damit werden Sachentscheidung und Verantwortung bei den Amtsträgern belassen, die nämlich befinden müssen, ab welchem Punkt "möglich" denn gegeben ist. *"Wir brauchen, wir müssen ..."* hören wir in 90-Sekunden-Interviews andauernd. Ohne Verantwortung lässt sich munter postulieren. Ohne wenigstens halbwegs konkrete Vorschläge, wann was wo und wie genau zu tun oder zu ändern wäre sollte man sich zurückhalten. "Gut, dass wir darüber geredet haben" ist selten Grund genug! "Es gibt keinen Beweis für Wirkung und Nutzen der angeordneten Maßnahmen". Für das Gegenteil zwar auch nicht, aber wenigstens sehr starke Indizien.

Niemandem darf man seine inhaltliche Überzeugung für vorgetragene Wortmeldungen abstreiten. Aber in Systemen repräsentativer Demokratie gibt es Regeln. Und wenn da andere als die eigenen Ideen beschlossen werden ist das eben so. Mit dem Gewicht eigener Prominenz Störfeuer zu geben scheint mir arg mediokratisch.

Auch "gesunde Unruhe" zu stiften ist es entschieden zu früh: Wir sind nicht in der Türkei oder in Ungarn und weit davon entfernt, uns vor Zerstörung unserer Rechtsordnung fürchten zu müssen.

Ja, Grundrechte, Gerichtsurteile und deren Beachtung sind nicht in Zweifel zu ziehen. Fraglich könnte allenfalls sein, ob man sie - nur um ihrer selbst willen - jederzeit unbedingt durchsetzen muss. Ein überlegter Verzicht wäre noch weit entfernt von unkritischem Kadavergehorsam! Es gibt auch eine Verantwortung für Stimmung und funktionalen Zusammenhalt in einem Gemeinwesen und gegen eine Munitionierung von Verschwörungstheoretikern von links bis rechts.

Insofern hätte es - für das große Ganze - sicher auch besser ausgesehen, wenn alle Teilnehmer der Ministerpräsidenten-Konferenz vor der Veranstaltung auf ihr öffentliches Training für's Elefantenrennen verzichtet hätten.

Aber seit Mittwoch ist ja jetzt alles besser: Die Länder haben ihre Entscheidungsfreiheit bekommen. Aber die Profilierungsnöte der MP's werden dadurch ja nicht geringer. Diese haben nicht nur die Freiheit, sondern auch die alleinige Verantwortung für die jeweiligen Ergebnisse übernommen und werden sich erklären müssen, wenn's schief gehen sollte. Diese Konsequenz ist vielleicht noch nicht jedem klar.

Das - z.B. in Form einer weiteren exponentiellen Phase - hoffen wir für niemanden:

Nicht für die Menschen, die Wirtschaft und auch nicht für die Ministerpräsident/inn/en. Aber da brauchen wir viel Zuversicht, können wir doch jetzt schon beobachten, wie bei "mehr als 50 pro 100.000" herumgeeiert wird.